

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Angabenpreis: Die Abonnementspreise für Anzeigen aus Aue und Umgebung 20 Goldmarken, sonstige Anzeigen 25 Goldmarken. Besteller-Adressen in Goldmarken, monatlich zum 1. des Monats.

Telegramme: Cagelblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 1908

Nr. 13

Sonnabend, den 16. Januar 1926

21. Jahrgang

Dr. Geßler lehnt ab?

Die Verhandlungen des Reichstanzlers Dr. Luther mit den Parteien über die Kabinettsbildung sind gestern den ganzen Tag über im Reichstag fortgesetzt, aber noch nicht abgeschlossen worden. Es ist in Aussicht genommen, daß sie heute um 12 Uhr wieder aufgenommen werden soll. Infolgedessen haben die Fraktionen der Demokraten und des Zentrums die für gestern in Aussicht genommenen Sitzungen abgesetzt.

Es kann festgestellt werden, daß an der prinzipiellen Einstellung der Mittelparteien für ein Kabinett der Mitte unter der Führung Dr. Luthers sich nichts geändert hat. Demokraten und Deutsche Volkspartei sind bereit, wenn die grundsätzlichen Voraussetzungen es gestatten — und darüber ist man sich wohl im Reinen — in das Kabinett einzutreten, ferner das Zentrum, obgleich die Fraktion einen dahingehenden formellen Beschluß noch nicht gefaßt hat und unzweifelhaft eine beträchtliche Strömung gegen eine parlamentarische Beteiligung an dem Kabinett Luther dort besteht. Die Mehrheit aber in der Zentrumsfraktion ist für die Beteiligung.

Die Verhandlungen zwischen dem Kanzler und Fraktionsvorsitzenden haben heute in der Hauptsache der **Personenfrage**, d. h. der Verteilung der Portefeuilles im kommenden Kabinett, gegolten.

Dr. Luther, obwohl er kein Parlamentarier ist oder gerade, weil er kein Parlamentarier ist, hat leider nicht das Verfahren eingeschlagen, sich zunächst keine Mitarbeiter zunächst selbst auszusuchen und den Fraktionen Vorschläge zu machen, sondern er hat die Fraktionen zunächst um ihre

Wünsche befragt. Daraus ergibt sich, daß für einzelne Portefeuilles, insbesondere für das Innenministerium, gleichzeitig Anmeldungen mehrerer Parteien vorlagen, die miteinander in Konkurrenz traten.

Infolgedessen ist man in Personalfragen nicht weiter gekommen als über das prinzipielle Einverständnis damit, daß Vertreter der Mittelparteien dem Kabinett angehören sollen. Wahrscheinlich ist es, daß Dr. Luther dem Abg. Dr. Koch das Innenministerium antragen wird und Marx das Justizportefeuille mit dem Reichsministerium für die besetzten Gebiete.

Als gewiß ist jetzt anzunehmen, daß Dr. Prauns als Reichsarbeitsminister im Kabinett verbleiben wird. Außerdem wird das Zentrum noch entweder das Reichswirtschaftsministerium oder das Ernährungsministerium erhalten.

Ein Kapitel für sich ist das Reichswehrministerium. Dr. Geßler, der schon früher mehrfach erklärt hat, in ein neues Kabinett nicht mehr eintreten zu wollen, hat dies gestern dem Reichstanzler Dr. Luther gegenüber wiederholt.

Inbezug auf das Reichswehrministerium hat keine der Parteien Wünsche geäußert. Wenn Dr. Geßler nicht wiederkehrt, geschieht es ausschließlich auf seinen Wunsch. Wenn gestern im Reichstag davon gesprochen wurde, daß Dr. Luther selbst das Reichswehrministerium übernehmen oder das General v. Seekt zum Reichswehrminister ernannt werden soll, so hat das wohl kaum größeren Wert als den der Kombination, denn das Reichswehrministerium hat, wie nochmals gesagt sei, in den bisherigen Besprechungen keine Rolle von Bedeutung gespielt.

Opposition von Fall zu Fall

Berlin, 14. Januar. Die Reichstagsfraktion der Wirtschaftlichen Vereinigung nahm heute Abend in einer Sitzung zur Regierungsbildung Stellung. Ihre Haltung zu der Betrauung Luthers mit der Kabinettsbildung brachte sie in folgender Weise zum Ausdruck: Durchdrungen von der Notwendigkeit, möglichst bald wieder eine verantwortliche Regierung zu haben, widerspricht die Wirtschaftliche Vereinigung der Bildung des Kabinetts Luther nicht. Sie ist aber nicht in der Lage, sich an diesem Kabinett zu beteiligen und wird ihm gegenüber in sachlicher, aber nicht grundsätzlicher Opposition stehen. Die Fraktion behält also völlige Unabhängigkeit für ihre Einstellung zu den jeweils auftretenden Fragen.

Solingen von den Engländern geräumt.

Düsseldorf, 14. Jan. Aus Solingen wird gemeldet, daß die englischen Besatzungstruppen heute vormittag kurz nach 11 Uhr mit der Bahn über Ohligs nach Köln abtransportiert worden sind. Die Familienangehörigen folgten mit einem späteren Zuge. Heute Abend wird der Rest der Besatzung abrücken.

Keine kostspieligen Rheinlandfeiern.

Der Reichspräsident hat in einem Schreiben an den Oberpräsidenten der Rheinprovinz vom 8. Januar die Anregung gegeben, im Hinblick auf die Hochwasserschäden im Rheingebiet die aus Anlaß der Befreiung der ersten Rheinlandzone geplanten Feiern so zu gestalten, daß besondere Kosten für Reich, Staat oder Gemeinden nicht entstehen. Die hierdurch ersparten Summen möchten für die Hochwasserbeschädigten verwendet werden. Der Reichspräsident hat in diesem Schreiben nachdrücklich zum Ausdruck gebracht, daß seine Person bei seinem beabsichtigten Besuch im Rheinland nur an solchen Festlichkeiten teilnehmen werde, die nicht mit besonderen Aufwendungen verknüpft sind.

Petit Parisien über die deutsch-russischen Verhandlungen.

Paris, 14. Januar. Zur Rückkehr des Sowjetbotschafters Malowol nach Paris berichtet der Petit Parisien, daß nunmehr die Verhandlungen, die zwischen Frankreich und Sowjetrußland bisher offiziell geführt wurden, einen offiziellen Charakter annehmen. Geleitet werden die Verhandlungen vom Botschafter Malowol und dem Generalsekretär Philippe Berthelot. Vier Unterkommissionen werden gebildet, nämlich eine politische, deren Vorsitz wahrscheinlich Philippe Berthelot selbst übertragen werde, eine juristische mit dem Rechtsachverständigen des Quai d'Orsay Fromageot an der Spitze und je eine Wirtschafts- und eine Finanzkommission. Außer den Schuldenfragen würden die früher zwischen Rußland und Frankreich abgeschlossenen Verträge, die Einrichtung von Konsulaten, das Statut der Ausländer in Sowjetrußland, Entschädigung von französischen Staatsangehörigen, die in Rußland ansässig waren und durch die Revolution Schaden erlitten haben, und die

Mobilitäten eines Handelsvertrages zur Hebung der wirtschaftlichen Beziehungen beider Länder geprüft werden.

Die deutsche Handelsvertragsdelegation in Paris eingetroffen.

Paris, 14. Januar. Die deutsche Handelsvertragsdelegation mit Ministerialdirektor Poise an der Spitze ist heute vormittag in Paris eingetroffen und wurde am Bahnhof durch den Rabinetschef im Handelsministerium Aber begrüßt. Die französischen und die deutschen Unterhändler werden morgen vormittag im Handelsministerium ihre Besprechungen wieder aufnehmen.

Zu den Hamburger Feme-Mord-Verhaftungen.

Hamburg, 14. Januar. Der hier festgenommene ehemalige Oberfeldwebel Hermann Voh ist nach Berlin übergeführt worden. Der gleichzeitig mit ihm festgenommene Mann, dessen Personalien einwandfrei feststehen, ist freiwillig mit nach Berlin gefahren, um dort zu beweisen, daß er in keiner Hinsicht mit den Feme-Morden im Zusammenhang steht.

800 Arbeiter entlassen.

Saase, 14. Januar. Die Belegschaft der Gußstahlwerke Wittmann, etwa 800 Arbeiter, ist entlassen worden, weil sie sich mit dem geforderten erheblichen Lohnabbau nicht einverstanden erklärte.

Interessengemeinschaft zwischen Kreuzzeitung und Deutsche Tageszeitung.

Berlin, 14. Januar. In der heutigen Generalversammlung der Kreuzzeitung u. G. wurden die Differenzen mit der Firma Otto Solberg, Kommanditgesellschaft, durch einen Vergleich aus dem Wege geräumt. Es wurde weiter beschlossen, daß die Kreuzzeitung u. G. mit der Deutschen Tageszeitung eine Interessengemeinschaft eingeht. Die Selbstständigkeit der beiden Blätter bleibt bestehen. Das Aktienpaket der Anteilhaber ist an die Deutsche Tageszeitung übergegangen.

Einberufung des sozialdemokratischen Partiausschusses.

Berlin, 13. Januar. Laut Vorwärts hat der sozialdemokratische Parteivorstand den Partiausschuß zur Beratung über die schwebenden politischen Fragen für kommenden Dienstag, den 19. Januar nach Berlin einberufen.

Der neue englische Vertrag mit dem Irak.

Bagdad, 14. Januar. Der neue englische Vertrag mit dem Irak, der eine Laufzeit von allerhöchstens 25 Jahren haben soll, ist am 13. Januar von dem britischen Bevollmächtigten im Irak und dem Premierminister des Irak unterzeichnet worden. Der Vertrag wird dem Parlament des Irak unterbreitet werden.

Der belgische Außenminister über die wirtschaftliche Lage von Eupen, Malmédy und Sankt Vith.

Brüssel, 14. 1. Nach einer Meldung der Agence Belge erwiderte der belgische Minister des Äußeren einem Mitarbeiter des Soir auf Befragen nach der wirtschaftlichen Lage der Bezirke von Eupen, Malmédy und Sankt Vith; Deutschland erklärte, daß es ihm aus prinzipiellen Gründen vollkommen unmöglich sei, den drei Grenzbezirken noch eine Vorkaufbehandlung zu gewähren. Der belgische Gesandte in Berlin erkundigte sich am 8. Oktober 1925 bei der Reichsregierung, ob sie bereit sei, sofort in Besprechungen über ein Grenzabkommen einzutreten. Die Deutsche Regierung erklärte aber, sie sei nicht in der Lage, Verhandlungen über diesen Gegenstand zu führen, bevor ein analoges Abkommen mit der französischen Regierung getroffen worden sei. Der belgische Gesandte wurde indessen gebeten, jede günstige Gelegenheit, die eine Eröffnung von Vorbesprechungen beschleunigen könnte, wahrzunehmen. Die belgische Regierung hat es niemals abgelehnt, Kompensationsforderungen zu prüfen, die das deutsche Reich als Gegenleistung für die Bewilligung einer Sonderbehandlung der erwähnten Gebiete stellen würde. Sie sieht aber immer auf den Widerstand der Deutschen Regierung, die erklärte, daß für sie aus prinzipiellen Gründen ein solches Verfahren nicht in Betracht komme. Die Belgische Regierung wird auch weiterhin allen Fragen, die sich auf das wirtschaftliche Regime dieser Bezirke beziehen, die größte Aufmerksamkeit schenken.

Von zuständiger Seite erfährt W. L. B. hierzu folgendes: Im Unterschied zu anderen Abtretungsgebieten hat der Versailles Vertrag für Eupen—Malmédy keine Uebergangsfrist vorgesehen, innerhalb deren diesen Kreisen durch Gewährung von Zollfreiheit im Verkehr mit Deutschland die Umstellung auf die veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse erleichtert werden sollte. Gleichwohl hat sich die Reichsregierung an freien Stellen und ohne jede Gegenleistung von belgischer Seite zur Einräumung solcher Vergünstigungen entschlossen. Für deren Dauer war seinerzeit sowohl von den Wirtschaftskreisen in Eupen—Malmédy wie von Vertretern der belgischen Regierung eine Frist von 5 Jahren als Höchstmaß bezeichnet worden. Die Reichsregierung hat aber diese Frist sogar noch um einige Monate verlängert. Von einer weiteren Verlängerung mußte sie aus zwingenden grundsätzlichen Erwägungen absehen.

Begünstigt des keinen Grenzverkehrs ist deutscherseits bereits Ende 1921 ein Vertragsentwurf innerhalb der Uebergangskommission für Eupen—Malmédy aufgestellt worden. Die belgische Regierung war jedoch damals zu Erörterungen über diesen Entwurf nicht bereit, sondern wünschte, ihn diplomatischen Besprechungen vorzubehalten. Selbstverständlich ist die Reichsregierung zu Abmachungen über den Grenzverkehr auch heute noch bereit und wird darüber zu dem frühesten Zeitpunkt, der ihr möglich ist, in Verhandlungen eintreten.

Die Verhandlungen mit Frankreich haben in diesem Zusammenhang niemals eine Rolle gespielt. Es ist nur gegenüber dem Verlangen der Belgisch-Luxemburgischen Wirtschaftsunion bei den Handelsvertragsverhandlungen, ein zollfreies oder zollbegünstigtes Kontingent für luxemburgische Weine zu erhalten, darauf hingewiesen worden, daß dies im Hinblick auf die etwaige Rückwirkung auf Elsass-Lothringen nicht gewährt werden könne.

Die Heeresdienstzeit in Polen.

Warschau, 14. Januar. Kriegsminister Jeligowski sprach sich gestern im Heeresauschuß in längerer Rede für die künftige Einführung der einjährigen Dienstzeit in Polen aus. Die prinzipielle Voraussetzung hierfür, ein starkes Korps von Offizieren und Unteroffizieren, sei schon gegeben, da in Polen auf vier Mann ein Offizier oder ein Unteroffizier entfalle. Allerdings sähen diese Offiziere oder Unteroffiziere in den außerordentlich angeschwollenen militärischen Stäben. Die Bemühungen seiner Vorgänger, die militärische Verwaltung zu vereinfachen, haben keinen Erfolg gehabt, da die abgeschlagenen Köpfe hydraartig nachwachsen seien. Erst wenn diese unbedingt notwendige Reorganisation im Inneren Heeresaufbau durchgeführt sein werde, und die notwendige Anzahl von Offizieren und Unteroffizieren für den Truppendienst zur Verfügung stehen, — eine Umstellung, die zwei Jahre dauern würde — könne an eine gesetzliche Herabsetzung der Dienstzeit auf 1 Jahr gedacht werden.

Amerikanisch-italienischer Zwischenfall in Athen.

Paris, 14. Januar. Die Chicago Tribune berichtet, ihr Athener Korrespondent Georg Selbes, der das italienische Konsulat, das er für das danebenliegende ungarische Konsulat gehalten habe, versehentlich betreten habe, sei vom Konsul geschlagen und mit Hilfe zweier Angestellte hinausgeworfen worden, ohne daß man sich nach seiner Persönlichkeit erkundigt hätte. Der amerikanische Gesandte sei gestern erfußt worden, dem italienischen Konsul in Athen deswegen einen diplomatischen Schritt zu unternehmen.